Deutscher Bundestag

19. Wahlperiode 24.06.2021

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Stefan Gelbhaar, Daniela Wagner, Oliver Krischer, Matthias Gastel, Markus Tressel und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Radwege an Bundesfernstraßen

Deutschland besitzt ein Bundesfernstraßennetz von über 51 000 Kilometern (https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/G/infrastruktur-statistik.html). Radwege befinden sich nur an einem Bruchteil davon. Von einem Radwegenetz ist die Radinfrastruktur in Deutschland weit entfernt. Der Ausbau von Radwegen entlang der Bundesstraßen bietet nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller große Chancen, die Radverkehrsinfrastruktur in ganz Deutschland deutlich zu verbessern. Von besonderer Bedeutung ist dies für den Radverkehr auf dem Land und für Pendelverkehre. Eigene Radwege zwischen Städten und Dörfern erhöhen die Sicherheit von Radfahrenden deutlich. Vielerorts wird durch Radwege Radverkehr überhaupt erst möglich und attraktiv.

Wir fragen die Bundesregierung:

- 1. In welchem Verhältnis steht die Länge der Radwege an Bundesfernstraßen zur Länge der Bundesfernstraßen in Deutschland (bitte in absoluten Zahlen und in Prozent je Bundesland auflisten)?
- 2. Welche Bundesfernstraßen in Deutschland sind derzeit (Stand: Mai 2021) mit einem Radweg welcher Länge ausgestattet (bitte Bundesfernstraßen, Gesamtlänge der Bundesfernstraßen in Kilometern, Gesamtlänge der Radwege je Bundesfernstraße in Kilometern nennen)?
- 3. Welche Radwege an Bundesfernstraßen sind derzeit in Bau oder in Planung (bitte Bundesfernstraßen und Länge des geplanten oder in Bau befindlichen Radwegs nennen)?
- 4. Welche Radwege an Bundesfernstraßen sind seit dem Jahr 2017 gebaut oder geplant (bitte Bundesfernstraßen und Länge des gebauten Radwegs sowie die jeweiligen Kosten nennen)?
- 5. Wie viele Unfälle mit Personenschaden gab es nach Kenntnis der Bundesregierung mit Radfahrenden auf Bundesfernstraßen, die nicht über einen Radweg verfügten in den Jahren 2010 bis 2020 (bitte nach Unfallschwere und Jahr aufschlüsseln)?

Berlin, den 8. Juni 2021

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

